



N i e d e r s c h r i f t
über die 41. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur
am 11. Januar 2021
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. Grundbildung fördern, Analphabetismus bekämpfen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6760](#)

Anhörung

Prof. Dr. Anke Grotlüschen, Universität Hamburg..... 5

Prof. Dr. Michael Schemmann, Universität zu Köln 8

Ralf Häder, Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e. V., Münster 12

Achim Scholz, ehem. Volkshochschule Oldenburg..... 16

Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung, Hannover 19

Verband Deutscher Privatschulen Niedersachsen/Bremen e. V., Hannover 22

2. Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu den Vorgängen bezüglich der Behandlung des Patienten Igor K. in der Medizinischen Hochschule Hannover

Verfahrensbeschluss..... 27

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Matthias Möhle (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Alptekin Kirci (SPD) (Teilnahme per Videozuschaltung)
3. Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD)
4. Abg. Hanna Naber (SPD)
5. Abg. Annette Schütze (SPD)
6. Abg. Kerstin Liebelt (i. V. d. Abg. Dr. Thela Wernstedt) (SPD)
7. Abg. Christian Calderone (CDU) (Teilnahme per Videozuschaltung)
8. Abg. Thomas Ehbrecht (CDU) (Teilnahme per Videozuschaltung)
9. Abg. Jörg Hillmer (CDU) (Teilnahme per Videozuschaltung)
10. Abg. Burkhard Jasper (CDU)
11. Abg. Dr. Esther Niewerth-Baumann (CDU)
12. Abg. Christoph Plett (CDU)
13. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE)
14. Abg. Lars Alt (FDP)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Messling.

Niederschrift:

Regierungsdirektorin Dr. Kresse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.30 Uhr bis 15.45 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigte die Niederschrift über die 40. Sitzung.

Rückgabe von Akten

Der **Ausschuss** beschloss einstimmig, die Akten der MHH, die das MWK zur Vorbereitung der Unterrichtungen im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur am 18. Dezember 2017 und am 5. Februar 2018 über den aktuellen Kenntnisstand bezüglich der Besetzung der Stelle der ärztlichen Leitung des Claudia von Schilling-Zentrums der MHH herangezogen hat, an das MWK zurückzugeben.

Tagesordnungspunkt 1:

Grundbildung fördern, Analphabetismus bekämpfen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/6760](#)

direkt überwiesen am 24.06.2020

federführend: AfWuK

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF

zuletzt behandelt: 38. Sitzung am 28.09.2020 (Unterrichtung)

Anhörung

Prof. Dr. Anke Grotlüschen, Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Fachbereich Berufliche Bildung und Lebenslanges Lernen (*Teilnahme per Videozuschaltung*)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 3

Prof. Dr. Anke Grotlüschen: Ich freue mich sehr, dass der Niedersächsische Landtag das Thema „geringe Literalität“ auf die Agenda gesetzt hat - wir sprechen inzwischen nicht mehr von „funktionalem Analphabetismus“. Die Ersetzung dieses Begriffes ist ein Versuch, der Stigmatisierungsgefahr etwas entgegenzutreten. Sicherlich ist die Verwendung dieses weicheren, lateinischen Begriffes sowohl in der Politik als auch in den Medien nicht ganz einfach - gemeint ist damit im Großen und Ganzen geringe Lese- und Schreibkompetenz. Das kann synonym verwendet werden. Sicherlich ist es in der politischen Landschaft auch manchmal notwendig, auf funktionalen Analphabetismus zu rekurrieren, aber im wissenschaftlichen Bereich ist das nicht mehr erforderlich; deshalb verzichten wir darauf.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen ist sehr zu begrüßen. Nach der ersten LEO-Studie zur Erfassung der Lese- und Schreibkompetenzen der Deutsch sprechenden erwachsenen Bevölkerung habe ich die dankbare Aufgabe gehabt, die in Niedersachsen sehr schnell entstandenen Regionalen Grundbildungszentren zu evaluieren. Ich erinnere mich vor allem daran, dass damals in Niedersachsen schon sehr viel Kompetenz in die-

sem Bereich vorhanden war. Es gab viele Akteure, die das Thema Alphabetisierung zu Gehör gebracht haben.

Die Regionalen Grundbildungszentren hatten zwar eine sehr geringe Ausstattung, haben aber trotzdem viel erreicht.

Im Rahmen der Evaluierung habe ich einen Hinweis gegeben, den ich heute wiederholen möchte: Ich glaube, es ist nicht unbedingt nötig, dass jedes Regionale Grundbildungszentrum alle Punkte abdeckt, sondern es ist sicherlich sinnvoll, Schwerpunkte zu setzen. Wenn z. B. das Regionale Grundbildungszentrum in Oldenburg eine andere Stärke hat als das in Hannover, dann sollte diese Stärke ausgebaut werden.

Ich habe mir alle Bereiche, die Sie in Ihrem Antrag aufgeführt haben, angeschaut und dabei den Eindruck gewonnen, dass es sich zum Teil um größere und zum Teil um kleinere Anliegen handelt; manche überlappen sich auch.

Mit Blick auf die verschiedenen Bereiche muss ich darauf hinweisen, dass dann, wenn es um Softwareentwicklung geht, darauf geachtet werden sollte, dass Nachhaltigkeit sichergestellt werden kann. Man sollte versuchen, zu verhindern, dass Software immer wieder an das nächste Betriebssystem angepasst werden muss. Wir selbst haben die LEO-App zur Überprüfung der eigenen Lese- und Schreibkompetenz entwickelt, die mittlerweile auf den meisten Handys nicht mehr funktionsfähig ist. Deshalb braucht man eine vernünftige Strategie.

Das sind aber letztlich nur Kleinigkeiten.

Vor allem möchte ich Ihnen die Frage nach einem System mitgeben, die ich immer wieder formuliert habe. Hohe Teilnehmendenzahlen erreichen diejenigen Länder, die ihre Literalitätsstrategien auf einem Ineinandergreifen von Integrationskurssystem, Alphabetisierung, zweitem Bildungsweg, beruflicher Nachqualifizierung und Professionalisierung des Personals aufbauen. Dazu liegt inzwischen eine Studie von Richard Desjardins aus 2017 für acht Teilnehmerländer der PIAAC-Studie vor. Die anderen Länder fassen Grundbildung als System auf und haben typischerweise auch einen Zugang zur arbeitsmarktfinanzierten Weiterbildung.

Natürlich ist die Finanzierung ganz unterschiedlich; ich weiß auch, dass es technische Schwierigkeiten gibt, das alles zusammenzubringen.

Aber dass nur 40 000 Personen pro Jahr an klassischen Alphabetisierungskursen teilnehmen, während es 6 Millionen Betroffene gibt, ist auch darauf zurückzuführen, dass die genannten Bereiche in Deutschland - anders als in anderen Ländern - zu sehr getrennt gedacht werden.

Ich schlage also vor, Grundbildung mehr im System zu denken und somit den Übergang zum zweiten Bildungsweg festzulegen und zu priorisieren, die Schnittstellen zur beruflichen Teil- oder Nachqualifizierung zu klären - ich weiß, dass er häufig SGB-III-finanziert und damit Bundessache ist -, die Schnittstellen zum Integrationskurssystem zu klären und zu erweitern - auch hier ist mir klar, dass ein Bundesgesetz zugrunde liegt und Träger das BAMF ist; trotzdem ist das wichtig - und die erforderliche Personalqualifikation und Tarifierung festzulegen.

Dabei kommt dem landesfinanzierten zweiten Bildungsweg eine besondere Rolle zu.

Inhaltlich setzen wir auf kritisches Hinterfragen - das zeigt die neue LEO-Studie. Die Ausgrenzung der Betroffenen bezieht sich nicht auf den ersten Arbeitsmarkt und auch nicht auf das Familienleben, sondern Ausgrenzungserfahrungen entstehen aufgrund von Unsicherheit - z. B. bei den aktuellen Diskussionen über Impfungen, Querdenker usw. Deswegen hat es mich sehr gefreut, dass auch der Bereich der politischen Bildung in den Antrag aufgenommen wurde.

Zum Stichwort „Post-Pandemie-Situation“ und der Frage, inwieweit man das, was wir im Rahmen der Pandemie mit Blick auf Digitalisierung von Weiterbildung - z. B. Videokonferenzen - erlangt haben, für die Regionalen Grundbildungszentren nutzen kann: Ich glaube, die Regionalen Grundbildungszentren können nur in die gesamte Region hineinwirken, wenn sie in die Region hineinstreamen. Denn sie können nicht vor Ort in jedem kleinen Dorf einen eigenen Grundbildungskurs auf die Beine stellen und betreuen.

Ich weiß, dass nicht alle meine Wünsche erfüllbar sind, aber ich möchte sie hier trotzdem benennen.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE): In Ihrer schriftlichen Stellungnahme und auch in Ihrem mündlichen Vortrag haben Sie die Notwendigkeit der Verzahnung der verschiedenen Angebote im Bildungssystem deutlich gemacht. Ferner haben Sie darauf hingewiesen, dass auch das Angebot von Sprachkursen in die weiteren Angebote der Fort-

und Weiterbildung des zweiten Bildungsweges integriert werden sollte.

Zum einen gibt es die BAMF-Kurse, und zum anderen wurden in Niedersachsen zumindest bis 2017 in sehr großem Umfang eigene Sprachkurse insbesondere für Migrantinnen und Migranten angeboten, die nun immer stärkere Kürzungen erfahren. Gäbe es hier nicht auch für die Politik eine Möglichkeit - im Haushalt wird das jetzt unter Lebenslangem Lernen geführt -, das weiter auszubauen, um einer ganz bestimmten Gruppe einen guten Zugang auch zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen?

Insbesondere seit 2015 sehen wir, dass die Frage der Grundbildung für den Spracherwerb sehr wichtig ist.

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): In Ihrem Vortrag sind Sie nicht näher darauf eingegangen, was es bedeuten könnte, „in die Region zu streamen“, bzw. wie Sie sich das vorstellen. Gibt es diesbezüglich schon Erfahrungen aus anderen Bundesländern, die hier erfolgreich sind? Beziehungsweise liegt das für uns aktuell besonders nah, weil wir virtuelle Konferenzen usw. in unseren täglichen Arbeitsablauf integriert haben?

In welcher Höhe wären aus Ihrer Sicht finanzielle Mittel und welche Ausstattung wäre erforderlich, um ein solches Streamingangebot zu realisieren? Wie groß ist die Lücke zwischen der vorhandenen und der für einen ersten Schritt nötigen Ausstattung?

Prof. **Dr. Anke Grotlüschen**: Zur Frage nach den Übergängen zwischen Integrationskurssystem und Grundbildung: Diese gibt es in ganz vielfältiger und unterschiedlicher Weise - in vielen Bundesländern gab es sie auch schon vor der Pandemie. Ein zentraler Punkt, der mit Blick auf Integrationskurssystem und Alphabetisierung klärend ist, ist, dass auch im BAMF-Integrationskurs mit Alphabetisierung in der Regel das Schreiben stark vernachlässigt wird. Man kann dort am Ende möglicherweise auf A2- bzw. B1-Niveau lesen, sprechen und verstehen, aber in der Regel nicht schreiben. Insofern bietet sich der Anschluss für diejenigen, die sich mündlich hinreichend verständigen können, aber unbedingt schreiben lernen müssen, ganz deutlich an.

Schreiben ist ein Distinktionsmerkmal - das hat viel damit zu tun, welchen Zugang man zum Arbeitsmarkt erhält. Das weisen auch Befragungen

des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) nach.

Im Rahmen der aktuellen LEO-Studie haben wir nachgefragt, wer von den Zugewanderten einen Integrationskurs absolviert hat. Die Abdeckung mit Integrationskursen ist relativ hoch. Wir haben dann aber auch gefragt, wer trotzdem noch das Bedürfnis bzw. den Wunsch hat, die deutsche Sprache noch besser zu erlernen. Dies hat die Hälfte der Zugewanderten bejaht - also ein relativ hoher Anteil. Dieser Bedarf wurde also klar geäußert.

Mein Eindruck ist, dass gerade die Praxisprojekte, die gut funktionieren, den Grenzbereich Zuwanderung, Sprache und Schrift gut abdecken, so dass hier Potenzial besteht, wirklich etwas bei den Zahlen zu verändern. Dies würde eine weitere Studie dieser Art dann auch abbilden.

Zum Stichwort „in die Region streamen“: Das habe ich deshalb aufgeschrieben, weil ich über Nachrichtendienste gesehen habe, dass die Volkshochschulen und andere Träger, die Integrations- und Alphabetisierungskurse anbieten, auf Digitalisierung umgestellt haben - auf welche Art auch immer ihnen das gelungen ist. So viele Erfahrungsberichte dazu liegen mir nicht vor; da müssten mich diejenigen aus der Praxis unterstützen.

Zur Frage nach der Ausstattung: Man muss natürlich sicherstellen, dass in jedem Ort, in den man hineinstreamen will, die entsprechende Technik - Kameras usw. - vorhanden ist. Oder man stattet, wie es in den Schulen vorgesehen ist, die Menschen für die Zeit, in der die Kurse stattfinden, mit Laptops aus. Was das kostet, kann ich nicht sagen. Dazu gibt es keine systematischen Erfahrungen. Vielleicht wissen es die Träger.

Abg. **Jörg Hillmer** (CDU): Frau Professorin Grotlüschen, bitte führen Sie noch etwas dazu aus, wie es dazu kommt, dass Hunderttausende Menschen in Niedersachsen nicht über eine ausreichende Lese- und Schreibkompetenz verfügen, aber davon nur 0,7 % über die Alphabetisierungskurse erreicht werden. Das ist eine sehr große Diskrepanz. Wir kratzen hier ja nur an der Oberfläche. Diese Hunderttausende Menschen haben ja nicht alle eine Zuwanderungsgeschichte. Können Sie etwas dazu sagen, wo uns diese Menschen verloren gehen? Zum größten Teil verfügen sie ja über einen Schulabschluss. Wo können

wir sie frühzeitig auffangen? Muss vielleicht auch eine Begleitung in der Schule erfolgen?

Wie kann ein höherer Anteil als 0,7 % erreicht werden? Ich habe das Gefühl, dass auch nicht mehr Menschen erreicht würden, wenn wir die Kapazitäten verdoppeln würden. Was müssen wir anders machen, damit die Menschen die Angebote, die wir in vielfältiger Weise bereitstellen, annehmen?

Prof. **Dr. Anke Grotlüschen**: Diese Frage begleitet auch uns die ganze Zeit.

Zum einen gibt es das Problem des Kompetenzverlusts, zu dem wir bisher empirisch noch nicht viel wissen. Es gibt erste Längsschnittstudien mit zwei Messzeitpunkten dazu, die zeigen, dass im Laufe von sechs Jahren Kompetenzen verloren gehen. Noch besser kann man aber sehen, dass in diesem Zeitraum auch Kompetenzen gewonnen werden können. Auch in höherem Lebensalter ist dies möglich - das ist die ermutigende Aussage. Leider wissen wir aber immer noch nicht, wo und wie stark die Kompetenzen verloren gehen. Daran wird weiter geforscht.

Wenn wir - zum anderen - nur diejenigen betrachten, die direkt nach der Schule nicht erfolgreich eine Lehre oder ein Studium beginnen, sondern in der Berufsvorbereitung landen, dann stellen wir fest, dass rund 30 % dieser Menschen geringe oder geringste Literalität aufweisen. Wir haben schon versucht, diese Personen zu adressieren und ihnen Alphabetisierungskurse, Deutschunterricht usw. anzubieten. Aber von den Lehrkräften bekommen wir die Rückmeldung: Mit Lesen und Schreiben kriegt man diese Leute gerade nicht - man muss sie in einen Betrieb bringen; sie wollen praktisch arbeiten und etwas machen, bei dem sie endlich mal erfolgreich sind.

Wir sind hier im Gespräch mit den Beteiligten; es gibt auch entsprechende Projekte, die in der Berufsvorbereitung angesiedelt sind, und das halte ich auch für richtig. Ich glaube aber auch, dass das in einem bestimmten Lebensalter nicht gut funktioniert, in dem wir tatsächlich Personen verlieren, die eigentlich noch im System sind. Und es sind viele in der Berufsvorbereitung.

Zur Frage, wie potenziell Teilnehmende erreicht werden können: Die neue LEO-Studie haben wir nicht umsonst „Leben mit geringer Literalität“ genannt. Das bedeutet, wir akzeptieren, dass man mit geringer Literalität leben kann. Denn das zei-

gen die Daten deutlich: Die Betroffenen sind mehrheitlich berufstätig, haben Familien und kommen in vielen gesellschaftlichen Umständen schon über die Runden. Sie lassen sich vielleicht einmal beim Ausfüllen von Formularen usw. helfen. Sie whatsappen - 80 % haben ein Smartphone -, auch wenn sie dabei vielleicht viele Emoticons verwenden. Aber Sie schreiben keine E-Mails und benutzen Word nicht. Irgendwie kommen sie aber durch. Das bedeutet, dass der Leidensdruck gar nicht so hoch ist. Hoch wird er erst dann, wenn ein Umbruch im persönlichen Bereich eintritt. Eine typische Situation ist z. B., wenn ein Kind geboren wird oder das Kind in die Schule kommt, wenn es zu einer Trennung kommt und es die klassische Aufteilung - nur einer kümmert sich um den Papierkram - nicht mehr gibt. Auch wenn jemand beruflich aufsteigt und z. B. Vorarbeiter wird, sodass er auch mit Papierkram zu tun hat, erfolgt ein Umbruch. Dann wird der Leidensdruck höher; dann entsteht ein Bildungsbedarf. Dann ist es wichtig, dass diese Personen über die entsprechenden Bildungsangebote informiert sind. Deswegen sind z. B. Netzwerke so wichtig.

Wir leiten aus der Diagnose - 6 Millionen Betroffene - nicht den Imperativ ab, 6 Millionen in Bildung zu bringen. Wir leiten nur den Imperativ ab, dass es ein Angebot geben muss, das auch bekannt sein muss. Wer etwas tun will, der muss ein Angebot vorfinden können. Diese Maßstäbe geben wir vor.

Prof. Dr. Michael Schemmann, Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Department Erziehungs- und Sozialwissenschaften (*Teilnahme per Videozuschaltung*)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 6

Prof. Dr. Michael Schemmann: Meine Ausführungen möchte ich, analog zu meiner schriftlichen Stellungnahme, in drei Punkte gliedern.

Mein erster Punkt bezieht sich auf die Finanzierungsfrage, und dabei im Besonderen auf die Grundbildungszentren. Ich teile die Einschätzung - wie ich den Antrag insgesamt sehr unterstützenswert finde -, dass die schrittweise Erhöhung der Grundfinanzierung der Erwachsenenbildung und damit auch der politischen Erwachsenenbildung unerlässlich ist. Ich möchte unterstreichen, dass explizit auch die Initiativen und Projek-

te zur Stärkung der Grundbildung hier einfließen sollten.

Dass Sie in Niedersachsen über Grundbildungszentren verfügen, bewerte ich als sehr positiv. Wir können in vergleichenden Analysen zeigen, dass diese Grundbildungszentren, wenn sie mit Netzwerken und Organisationen gekoppelt sind, eine enorme Dynamik entfalten und das letztlich hervorgebrachte pädagogische Leistungsspektrum eine viel stärkere Differenziertheit und Breite aufweist, als es in Regionen der Fall ist, die nur über Netzwerke und Organisationen oder nur über Organisationen verfügen.

Insofern unterstütze ich unbedingt, dass Sie weiterhin besonderes Augenmerk auf die Grundbildungszentren legen.

Mein zweiter Punkt - Anke Grotluschen hat es bereits angesprochen - bezieht sich darauf, dass die Themen Alphabetisierung und Grundbildung aus meiner Sicht im gesamten Bildungssystem betrachtet werden müssen und entsprechende Initiativen und Programme über das gesamte Bildungssystem hinweg entfaltet werden sollten.

Auch ich würde sagen, dass Alphabetisierung und Grundbildung ihren Ausgang im Bildungssegment Weiterbildung, also in der Erwachsenenbildung, nehmen können. Wir müssen dann aber im Weiteren die Schnittstellen betrachten: Was passiert in bestimmten Domänen, wenn ein A2/B1-Niveau erreicht wird? Was wird dann weiter im Sinne einer Bildungskette angeboten? - Wir denken derzeit noch sehr stark vom System und seinen Bereichen, den Segmenten, und wenig vom Lerner und von der Lernerin aus, die ihre Bildungsbiografie wiederaufnehmen, dann aber Anschlüsse brauchen.

Da gibt es systemische Probleme - das SGB III ist angesprochen worden. Die Frage ist: Wie stellt man Anschlüsse von Grundbildungszentren oder Organisationen einerseits an Organisationen in den Bereichen berufliche Bildung oder Weiterbildung andererseits vor allem auch mit Blick auf die Finanzierung her?

Dasselbe gilt für den zweiten Bildungsweg: Wie schaffen wir Anschlüsse, damit auch ein Weiterlernen stattfindet? - Auch hierauf sollte das Augenmerk mit Blick auf diesen Antrag gelegt werden.

Der dritte Punkt, auf den ich Sie hinweisen möchte, ist die Frage des Transfers. Sie betonen in

dem Antrag die Bedeutung der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Begleitung. Ich glaube aber, wir müssen auch noch stärker den Blick auf die Frage richten, wie wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem, was wir bereitstellen, mit den Praktikerinnen und Praktikern und auch mit den Bildungspolitikerinnen und -politikern zusammenbringen. Wie können wir einerseits das Wissen, das wir produzieren, transferieren? Und wie können wir andererseits sicherstellen, dass wir die Fragen, die Sie als Politikerinnen und Politiker und die die Praktikerinnen und Praktiker haben, in unseren Studien aufgreifen und beantworten?

Ich möchte mit einem Beispiel schließen. Hier in Nordrhein-Westfalen ist im Oktober 2020 das NRW Forschungsnetzwerk Grundbildung und Alphabetisierung gestartet, dessen Eigenheit der Dialog dieser drei genannten Gruppen - Wissenschaft, Politik und Praxis - ist. Wir stehen in einem ständigen Austausch. Gleichzeitig werden sieben Forschungsprojekte im Rahmen von Dissertationen gefördert, in denen versucht wird, sehr passgenau die typischen Fragen für Nordrhein-Westfalen und für die Bedarfslage in den Bereichen Alphabetisierung und Grundbildung aufzugreifen.

Das könnte meines Erachtens ein Ansatz sein. Grundsätzlich glaube ich, dass wir diese Problemfelder im Blick haben müssen.

Abg. **Lars Alt** (FDP): Herr Schemmann, meine Frage - die sich möglicherweise auch an Frau Professorin Grotlüschen richtet - bezieht sich auf das Verhältnis zwischen dem Erwerb schriftsprachlicher Kompetenzen und dem Bereich der Digitalisierung.

Ich habe den Eindruck, dass in der politischen Diskussion die Digitalisierung oft als Hindernis für den Schriftspracherwerb zumindest im schulischen Kontext betrachtet wird - dass mit Blick auf die Digitalisierung also eine gewisse Medienkonkurrenz zum Schriftspracherwerb, also zum Lesen und Schreiben, besteht. Gleichzeitig wird aber auch diskutiert, die Digitalisierung durchaus als Chance für einen Kompetenzzugewinn im Bereich der Literalisierung anzusehen. Frau Grotlüschen hat die Quote derjenigen genannt, die gering literalisiert sind, aber trotzdem z. B. ein Smartphone besitzen. SPD und CDU führen in ihrem Antrag beispielsweise die Lernsoftware Beluga an.

Vor diesem Hintergrund ist meine Frage, ob es sich lohnt, landesseitig sozusagen eine zentrale Alphabetisierungs-App anzuregen, die dann natürlich auch hinsichtlich der Qualitätssicherung fortentwickelt werden müsste.

Eine grundsätzlichere Frage ist, wie der Schriftspracherwerb im Bereich der Digitalisierung zu verorten ist. Überwiegen hier die Chancen oder die Risiken? Dies, wie gesagt, vor dem Hintergrund, dass die Digitalisierung meines Erachtens politisch eher als Hindernis für den Schriftspracherwerb im schulischen Bereich diskutiert wird, während sie in der Erwachsenenbildung vorrangig als Chance gesehen wird. Könnten Sie uns da einen Einblick in die Empirie geben?

Prof. **Dr. Michael Schemmann**: Ich kann dazu leider nichts im Detail sagen, sondern nur meinen Eindruck schildern. Man müsste dazu eigentlich die Fachdidaktiker ansprechen.

Mir scheint, dass die von Ihnen angesprochene Debatte um den schulischen Kontext unter den Kolleginnen und Kollegen in der Deutschdidaktik sehr ideologisch geführt wird.

Ich persönlich hätte für den Bereich der Erwachsenenbildung keine Scheu davor. Mir wäre, offen gestanden, alles recht, was erwachsene Menschen zum Lesen- und Schreibenlernen bringt - seien es digitale Formate oder der Stift in der Hand.

Frau Professorin Grotlüschen oder Herr Häder können das vielleicht ergänzen.

Prof. **Dr. Anke Grotlüschen** (Universität Hamburg): Das ist ein Dauerbrennerthema, das uns seit der ersten LEO-Studie begleitet.

Eine zentrale Unterscheidung, die man hier zugrunde legen muss, ist die zwischen konzeptionell mündlichen und konzeptionell schriftlichen Texten.

Es gibt Texte, die geschrieben werden, weil sie Texte sein sollen. Dazu gehören z. B. Briefe. Diese haben eine Anrede und enden mit einem Appell und einer Grußformel. Sie werden in Schriftdeutsch abgefasst, genauso wie Aufsätze, Essays, Zeitungsartikel und dergleichen. - Das ist konzeptionell schriftliches Schreiben, das wir in der Regel in den Schulen lernen.

Kommunikation über WhatsApp ist konzeptionell mündliches Schreiben, d. h., was das Konzept

betrifft, ist es ein Gespräch; man redet miteinander. Mit Blick auf die Übertragungsvariante ist es getippt, mit Emoticons durchsetzt und Ähnlichem. Es folgt anderen Regeln wie Witzigkeit, Schnelligkeit und Schlagfertigkeit sowie direktem Feedback, unmittelbarer Reaktion. Dadurch spielen Emoticons eine so große Rolle, ebenso der berühmte Inflexiv - beispielsweise „seufz“ -, der im Schriftdeutschen nicht zulässig ist und demzufolge im bürgerlichen Kanon abgewertet wird.

Wenn man diese Unterscheidung voraussetzt, dann weiß man, dass WhatsApp-Nachrichten primär keine Texte sind, sondern getippte Gespräche. Damit sind WhatsApp und die Smartphonekommunikation insgesamt zunächst einmal kein Lernmedium.

Sie sind aber ein Lernanlass. Das habe ich im Rahmen der hessischen Evaluation gemerkt. Ich habe - weil das immer wieder thematisiert wurde - alle Teilnehmenden danach gefragt, inwieweit sie Smartphones, Facebook und WhatsApp verwenden. In vielen einzelnen, anschaulichen Geschichten wurde mir berichtet, dass WhatsApp Leute dazu bringt, sich mit getipptem Text zu beschäftigen. Das führt dann zu der Feststellung: Eigentlich kann ich das gar nicht richtig. - Und dann kommt der Anlass zum Lernen.

Das ist das Thema Lernen *über* Medien.

Zum Thema Lernen *mit* Medien - also zur Frage: Benutze ich mein Smartphone zum Lernen? - ist der Forschungsstand mit Verweis auf die International Computer and Information Literacy Study (ICILS) und die ARD/ZDF-Onlinestudie, dass gerade diese Zielgruppe ihr Smartphone für alles Mögliche benutzt, aber nicht zum Lernen.

Das heißt, man kann es eigentlich nur einsetzen, wenn man es in einen Kurs einbettet. Beispielsweise streamt eine Lehrkraft Lerninhalte, sagt den Lernenden aber auch, dass in einem bestimmten Zeitraum gemeinsam gearbeitet wird und dazu eine bestimmte App, ein YouTube-Video oder ich-will-schreiben-lernen.de aufgerufen werden. Genauso ist seinerzeit ich-will-schreiben-lernen.de gestartet - und meines Erachtens auch nur deswegen so erfolgreich gewesen.

Ich halte es mit Blick auf diese Klientel nicht für sehr vielversprechend, auf Apps als reine Standalone-Medien zu setzen, mit denen diese Menschen die Disziplin aufbringen sollen, etwas zu lernen. Das muss pädagogisch gerahmt werden.

Ralf Häder (Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung): Die Frage, inwieweit uns technische Möglichkeiten und Medien helfen, kann man auch aus subjektiver Perspektive betrachten. Unser Verband betreibt u. a. das ALFA-Telefon. Hier rufen Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten an, die häufig in einer - subjektiv so wahrgenommenen - bedrohlichen Situation sind - Frau Grotlüschen hat darauf hingewiesen -: Das Kind kommt in die Schule. Der Partner, der immer alles gelesen und geschrieben hat, verlässt einen. Man hat die nächste berufliche Hürde zu nehmen oder eine Herausforderung zu bestehen. - Aus diesem Leidensdruck erwächst häufig der Wunsch, etwas zu tun.

Wenn das Smartphone oder jedes andere technische Gerät bei dieser Schwierigkeit eine Hilfe bieten kann, dann sollten wir diese nutzen. Andere tun das ja auch. Beispielsweise bieten die politischen Parteien ihre Programme in leicht lesbarer, verständlicher Form an.

Wir müssen den Zugang zu den Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben haben, also so niedrigschwellig wie möglich machen. Dann können sie unter Umständen durch das Nutzen von WhatsApp, TikTok und anderen Dingen zur Schriftsprache gelangen - und zwar nicht nach dem Motto: „Nutz das, damit du lesen und schreiben kannst!“, sondern: „Nutz das, weil es dir hilft, und erkenne nach einiger Zeit unter Umständen, dass es sinnvoll ist, auch weitere Lese- und Schreibkompetenzen zu erwerben, um den nächsten Schritt zu gehen!“ - Insofern bin ich uneingeschränkt dafür, solche Medien sinnvoll einzusetzen.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE): Meine Anmerkung schließt zum Teil an die Diskussion zur Digitalisierung an, die - wenn ich es richtig sehe - deutlich gemacht hat, dass Literalität nicht allein über Digitalisierung erworben werden kann. Wir brauchen also gute Konzepte und eine gut ausgestattete Erwachsenenbildung über alle Bereiche der kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Bildung hinweg.

Vor diesem Hintergrund halte ich die Forderung - die die Erwachsenenbildung schon sehr lang erhebt -, den Anteil der Erwachsenenbildung am Bildungsetat auf 1 % anzuheben - in Niedersachsen liegt er meines Wissens knapp über 0,6 % -, für einen sehr wichtigen Punkt. Denn gerade in diesem Übergangsbereich gibt es einen Bedarf, der Kurse und mit Blick auf das Streamen auch

Digitalisierung erfordert. Dafür müssen die verschiedenen Erwachsenenbildungsträger, die sich in diesem Bereich engagieren, finanziell vernünftig ausgestattet sein. Denn mit einem einfachen Kamerahandy lassen sich ein guter Kurs und ein wirklicher Aufbau von Literalität wahrscheinlich nicht realisieren; dazu können möglicherweise die beiden Wissenschaftler etwas sagen.

Wir diskutieren in der Politik schon sehr lange darüber, dass das, was zurzeit getan wird, anscheinend nicht ausreicht. Der Antrag weist durchaus gute Ansätze auf, insbesondere was projektorientiertes Arbeiten betrifft. Aber ich glaube, der politische Auftrag ist da insgesamt noch deutlich anders gelagert.

Prof. **Dr. Michael Schemmann**: Das hatte auch ich versucht, deutlich zu machen.

Ein weiterer Aspekt, über den wir momentan gar nicht mehr sprechen, der aber vor acht Jahren noch das Thema schlechthin war, ist der demografische Wandel. Dieser ist sozusagen als Megathema von der Migration abgelöst worden, aber ja nach wie vor vorhanden.

In verschiedensten Einrichtungen gibt es die Entwicklung, dass sehr gute, professionalisierte Lehrkräfte aus der Erwachsenenbildung ins Schulsystem abwandern, weil dieses einfach besser zahlt, und somit Lücken entstehen. Wir müssen also unbedingt darauf achten, dass uns die guten bis sehr guten Lehrkräfte nicht vollständig abwandern und die Erwachsenenbildung sozusagen zum Verlierer des demografischen Wandels wird.

Auch das spricht also für eine gute Finanzierung. Anke Grotlüschen ist in ihrer Stellungnahme auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eingegangen. Wir können nicht nur auf Honorarkräfte setzen, weil wir diese unter dem bestehenden Druck nicht mehr dauerhaft werden halten können.

Abg. **Burkhard Jasper** (CDU): Herr Professor Schemmann, ich habe eine Frage zur Forschung, auf die Sie auch eingegangen sind. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob die Weichen bei einer später vorhandenen Lese- und Schreibschwäche schon in der frühkindlichen Bildung falsch gestellt wurden?

Prof. **Dr. Michael Schemmann**: Fraglos werden zentrale Weichen zwar nicht notwendigerweise im Bereich der frühkindlichen Bildung, aber natürlich

in der Grundschulbildung gestellt. Insofern können dabei auch massive Versäumnisse auftreten.

Prof. **Dr. Anke Grotlüschen** (Universität Hamburg): Zu der letzten Frage: Es gibt z. B. zwischen Legasthenie und geringer Literalität keine hohe Korrelation. Wir haben dies in der letzten Studie mit abgefragt; Legasthenie oder LRS als Element in der frühkindlichen und Grundschulbildung haben sich aber nicht als zentrale Faktoren herausgestellt.

Zu der Frage des Anteils der Erwachsenenbildung am Bildungsetat - Stichwort „1 %“ -: Ich halte diese Forderung der Erwachsenenbildung für fundamental wichtig, weil sie zunächst einmal deutlich macht, dass die Erwachsenenbildung immer hintenansteht in Fragen des Bildungssystems.

Das wird sich durch die Pandemie noch verschärfen. Wir werden neue Austeritätsmaßnahmen sehen und feststellen, dass der Bildungshaushalt zunächst einmal als Schulhaushalt verstanden und die frühkindliche Bildung auch weiterhin exorbitant ausgebaut werden wird - und zwar immer wieder auch finanziell zulasten der Erwachsenenbildung, die auch Teil dieses Haushalts ist.

Das habe ich vor zehn bis zwölf Jahren in Bremen deutlich gemerkt. Dort hat der PISA-Schock sehr viel Geld gewissermaßen in die Schule gespült - und für die Erwachsenenbildung, so hieß es immer, habe man kein Geld.

Gleichzeitig gibt es aber Dinge wie Industrie 4.0 und die Digitalisierung. Wir müssen damit umgehen, dass Menschen jetzt nicht aus der Kurzarbeit heraus wieder in die klassischen Bereiche einmünden werden, in denen sie vorher gewesen sind, sondern dass es einen Strukturwandel gibt und diese Menschen entsprechende Weiterbildung brauchen.

Ich glaube, dass der Umgang mit Honorarkräften dazu führt, dass sie so arbeiten, wie sie immer gearbeitet haben; anders lohnt es sich nämlich nicht. Das habe ich auch in der niedersächsischen Evaluation gesehen und kritisiert. Ohne den Honorarkräften zu nahe treten zu wollen, aber zwei Stunden pro Woche bringen eben auch nur einen dementsprechenden Aufwand mit sich.

In diesem Segment müssen aber Konzepte entwickelt werden. Jemand muss sich um Fragen kümmern wie: Wie binde ich eine App in ein Bildungskonzept ein? Wie bringe ich Lerninhalte in

die Fläche? Wie funktioniert Streaming? Welche Technik wird benötigt? - All das muss jemand konzeptionell bearbeiten, dafür Akquise betreiben und Netzwerkarbeit machen. Das leisten weder Honorarkräfte noch Bachelorstudentinnen oder pensionierte Grundschullehrerinnen. Dazu braucht es jemanden, der auf Augenhöhe mit Entscheidern sprechen kann und anerkannt wird.

Deswegen sollten Konzeptentwicklung und Akquise auf sozialversicherten, auf Masterniveau angesiedelten und entsprechend honorierten Positionen angesiedelt sein. Genau deshalb ist das meines Erachtens mit der gegebenen Finanzierung nicht machbar.

Diese Diskussion führen wir auf den Ebenen der Alpha-Dekade und der KMK bekanntlich schon länger.

Ralf Häder, Geschäftsführer des Bundesverbands Alphabetisierung und Grundbildung e. V., Münster (Teilnahme per Videozuschaltung)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 2

Ralf Häder: Ich habe mich in meiner Stellungnahme auf die für mich drei wichtigsten Punkte des Forderungskataloges im vorliegenden Antrag fokussiert: erstens die Regionalen Grundbildungszentren, über die wir heute schon gesprochen haben, zweitens die Professionalisierung der Lehrenden, die ebenfalls bereits Thema war, und drittens - als weiterer Zugang zu der Thematik - die Niedrigschwelligkeit der Angebote.

Zuvor möchte ich sagen, dass ich alle 16 im Antrag von SPD und CDU genannten Punkte schlüssig und sinnvoll finde. Als jemand, der für Personen, die wenig oder nicht lesen und schreiben können, bzw. für die entsprechenden Träger aktiv ist, kann ich diese Forderungen unterschreiben.

Allerdings stellt sich die Frage, wie die Umsetzung dieses „Wunschzettels“ finanziert werden soll. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diesen Forderungskatalog im Land Niedersachsen mit Mitteln unterfüttern würden.

Denn das Problem, das wir haben, ist, dass es im Bereich der Lese- und Schreibkurse einfach keine Dozenten gibt, die so ausreichend finanziert sind, dass sie in diesem Bereich bleiben. Sie gehen

stattdessen in den Schuldienst oder werden für BAMF-Kurse tätig, weil dort besser bezahlt wird.

Frau Grotluschen hat bereits ausgeführt, dass die Personen, die all die erforderlichen Fähigkeiten haben, um so einen Kurs zu gestalten, mannigfaltig qualifiziert sein müssen. Sie brauchen neben den Qualifikationen auch das notwendige finanzielle Polster.

Mit den Regionalen Grundbildungszentren, die es in Niedersachsen seit neun Jahren gibt, hatte das Land eine Vorreiterrolle inne. Der Vorstoß aus Niedersachsen, Regionale Grundbildungszentren einzurichten, hat uns damals sehr beeindruckt.

In dem Begriff „Regionales Grundbildungszentrum“ steckt eine ganze Menge: Man stellt sich große Häuser mit verschiedenen Bildungsangeboten vor, in denen unter Umständen Forschung und Lehre gemeinsam stattfinden, wo die Politik Fragen stellen kann und Experten Rückmeldungen geben.

Die tägliche Praxis sieht aber so aus, dass die Regionalen Grundbildungszentren in Niedersachsen für ihre wichtige Arbeit 25 000 Euro im Jahr zur Verfügung haben. Das ist - darüber müssen wir, denke ich, nicht diskutieren - in keiner Weise auskömmlich, jedenfalls nicht, wenn das Ziel ist, ein Regionales Grundbildungszentrum im Wortsinne zu betreiben.

Die Idee, mit einem Grundbildungszentrum regional Unterstützungsleistungen zu erbringen, wo andere Institutionen in der Nähe Nachfragen stellen, sich beraten lassen und Hinweise bekommen können, ist absolut gut. Nur braucht die Ausführung dessen meines Erachtens noch viel mehr Unterstützung. Das habe ich in meiner Stellungnahme beschrieben und auch versucht, monetär zu bewerten.

Zur Professionalisierung der Lehrenden habe ich bereits ausgeführt.

Zur Niedrigschwelligkeit der Angebote: Wir betreiben bundesweit das ALFA-Telefon. Bei uns rufen Menschen an, die unsere Fernsehwerbung gesehen haben oder auf sonstige Weise auf das Thema aufmerksam gemacht wurden. Sie sagen zum Teil, dass sie sich jetzt endlich getraut hätten, anzurufen, dass sie selbst oder der Partner Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben hätten und sie gerne wissen wollten, was man tun kann.

Wir machen immer wieder die Erfahrung, dass es gerade in großflächigen Regionen wie Niedersachsen, in denen es nicht so viele Ballungsräume gibt, wichtig ist, bei den Menschen vor Ort zu sein.

Das bedeutet entweder, dass man Ansprechpartner vor Ort hat, die einzelne Personen unterstützen und sagen: „Komm, versuch's doch mal!“ oder „Ich kann dir mit der App helfen“ oder „Ich kann dich zur Volkshochschule bringen, wo der Kurs stattfindet“. Dies ist der Bereich der Quartiersarbeit, bei dem man in das Wohnumfeld der Menschen geht, die Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben haben.

Oder aber man denkt in die Richtung, Dienstleistungen vor Ort anzubieten - etwa einen Bildungsbus oder Ähnliches, der Bildungsangebote in die Regionen und in die Quartiere vor Ort trägt.

In diese Richtung sollten wir weiterdenken und -arbeiten. Das wäre eine gute Möglichkeit, Menschen zu erreichen. Denn auch wenn im Moment nur 40 000 Menschen an Lese- und Schreibkursen teilnehmen - diese Menschen tun dies, weil wir uns um sie bemühen und ein bestimmtes Beratungsangebot zur Verfügung stellen.

Wir vom Bundesverband haben z. B. vor zwei Jahren angefangen, es Menschen, die sich einen Lese- und Schreibkurs nicht leisten können, zu ermöglichen, eine einmalige finanzielle Unterstützung bei uns zu beantragen, um den Einstieg zu schaffen. Wir stellen immer wieder fest, dass es viele Betroffene gibt, die ihr Geld für alles Mögliche benötigen, um ihren Alltag zu bewältigen. Wenn dann auch noch ein Lese- und Schreibkurs hinzukommt - auch wenn dieser nur 150 Euro im Semester kostet -, dann ist das eine Investition, die so nicht möglich ist oder nicht sinnvoll erscheint. Das heißt, wir - und auch das Land - können schon mit geringer Unterstützung viel erreichen.

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Herr Häder, Sie sagten, dass Niedersachsen 2012 eine Vorreiterrolle im Bereich der Grundbildung innehatte, dies aber jetzt offensichtlich nicht mehr so deutlich erkennbar ist; das haben Sie auch im letzten Absatz Ihrer schriftlichen Stellungnahme dargelegt. Können Sie als Vertreter eines Bundesverbandes uns sagen, welches Bundesland aktuell führend auf diesem Gebiet ist? Und was könnten wir - neben Konzepten wie dem Bildungsbus - von anderen lernen?

Abg. **Jörg Hillmer** (CDU): Herr Häder, zunächst einmal freut es mich, dass Sie die in unserem Antrag genannten 16 Punkte begrüßen.

Auf die Frage nach der Finanzierung möchte ich mit einer - eher rhetorischen - Gegenfrage eingehen: Glauben Sie, dass, wenn man die Mittel für die Erwachsenenbildung von jetzt ca. 0,6 % auf 6 % verzehnfachen würde, man wirklich auch zehnmal mehr gering Literalisierte, also 7 %, erreichen würde?

Die Frage ist deshalb rhetorisch, weil ich glaube, dass das nicht der Fall wäre. Ich sehe uns in der Politik eher in einer etwas ratlosen Position. Deswegen führen wir ja diese Anhörung durch - auf die wir uns sehr gefreut haben; vielen Dank an Sie alle, dass Sie sich daran beteiligen -, damit Sie uns Hinweise geben, wie man - neben z. B. den genannten Bildungsbussen - konzeptionell anders an das Thema herangehen kann, als in das bestehende System einfach nur noch mehr Geld zu geben in der Hoffnung, dass sich entsprechende lineare Effekte einstellen.

Wenn man nicht mit neuen Ideen herangeht, wird der Zuwachs meines Erachtens nicht progressiv, sondern degressiv sein. Die Hoffnung, die wir mit dieser Anhörung verbinden, ist, neue Ideen zu bekommen, für die wir dann auch gerne Geld zur Verfügung stellen wollen, sobald es möglich ist. Aber bei einer Quote von jetzt ca. 0,7 % der Betroffenen, die wir erreichen, ohne neue Ideen einfach nur mehr Geld zur Verfügung zu stellen, scheint nicht sinnvoll zu sein.

Ralf Häder: Das Personal auch in den niedersächsischen Regionalen Grundbildungszentren - darauf hat auch Frau Grotlüschen hingewiesen - besteht aus absoluten Fachleuten, die diese Arbeit seit vielen Jahren machen und sowohl die Forschung als auch die Praxis stets mit neuen Ideen bereichern und auch uns wichtige Rückmeldungen für unsere Arbeit gegeben haben. Diesen Fundus sollten Sie auf jeden Fall erhalten.

Die Idee, z. B. mit Regionalen Grundbildungszentren vor Ort zu sein, ist einfach gut; diese sollten Sie ausbauen. Ich glaube aber, dass 25 000 Euro dafür nicht ausreichen. Ich teile aber auch die Einschätzung von Herrn Hillmer, dass man nicht zehnmal so viele Personen erreichen würde, wenn die Mittel verzehnfacht würden.

Ein flächendeckendes Angebot muss so funktionieren, dass Menschen dort Beratung finden - es

muss also wirklich jemand da sein, der die Netzwerke steuert und strukturiert. Dafür muss es meines Erachtens mehr Mittel geben. Die Strukturen und das Personal, das gute Arbeit macht, sind da. Diese Aspekte würde ich an Ihrer Stelle noch mehr fördern.

Zur Frage nach neuen Ideen möchte ich ein Beispiel nennen. Zum 1. Januar 2021 ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Projekt namens ALFA-Bot gestartet. Wir werden gemeinsam mit einer Hochschule erforschen, inwieweit Chatbot-basierte Programme - es geht also um Medien und neue Möglichkeiten - behilflich sein können, um Menschen ausfindig zu machen, die nicht lesen und schreiben können, um sie auf den Weg zum Lesen und Schreiben zu führen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Menschen, die nicht lesen und schreiben können, nicht zu der Gruppe derjenigen gehören, die gewissermaßen nach Bildung schreien, sondern wir müssen sie suchen, finden und motivieren, und wir müssen Anlässe erkennen, an denen wir sie sozusagen packen können, um den nächsten Schritt zu gehen. Insofern werden wir immer auch viel in diese Arbeit investieren müssen, um Angebote zu schaffen und auch für diese Angebote zu werben.

Was die sogenannten Leuchtturmprojekte angeht, müssen Sie meines Erachtens diese Projekte vor Ort als individuelle Ideen fördern und Erkenntnisse daraus ziehen. Das bedeutet, zu schauen, was beispielsweise sinnvoll sein könnte, um die Menschen im Raum Oldenburg zu erreichen. Und könnte das z. B. in Hannover anders aussehen? - Ich glaube, dass gerade die Arbeit vor Ort, das Quartiersmanagement - etwa über Kirchengemeinden, Sportvereine, Mehrgenerationenhäuser usw. - gute Möglichkeiten sein können, Menschen in ihrem Lebensumfeld zu erreichen, um herauszufinden, was der nächste Schritt für sie sein kann.

Prof. **Dr. Anke Grotlüschen** (Universität Hamburg): Ich bin an einigen Stellen anderer Ansicht.

Zunächst einmal glaube auch ich nicht, dass die Verzehnfachung der Mittel zur Verzehnfachung der Fallzahlen führen würde. Das kann man in den Bundesländern sehen, die diese Idee aufgegriffen haben. In Hessen sind finanziell wesentlich besser ausgestattete Grundbildungszentren auf-

gebaut worden. Auch diese haben immer noch Probleme, Teilnehmende zu erreichen.

Der Grund dafür liegt manchmal in der Finanzierung selbst. Wenn der Großteil der Mittel dafür eingesetzt wird, Projektmanagementpersonal zu refinanzieren, das aber selbst nicht unterrichtet, und gleichzeitig Kursleitungshonorare von 4 000 bis 5 000 Euro vorgesehen sind, dann gibt es eben auch nur vier Kurse und nicht mehr. Dann wird mit dem investierten Geld kaum Unterricht gemacht, und es gibt dann möglicherweise auch keine Kursleitung, die das, was das Projektmanagementpersonal entwickelt hat, unterrichten will, weil sie das Entwickelte gar nicht kennt; ich habe schon darauf hingewiesen. Die Kursleitung hat gar keine Zeit, sich damit auseinanderzusetzen.

Mein Vorschlag in Hessen war: Fördert Projekte, in denen das Management und die Lehre ineinandergehen! - Das heißt, das Personal, das das Projekt verantwortet, muss selbst unterrichten.

Dagegen haben sie sich gewehrt - und aus gutem Grund. Denn diese beiden Tätigkeiten sind tariflich unterschiedlich ausgestattet. Die Lehre in den hessischen Grundbildungszentren und auch an den Volkshochschulen wird geringer vergütet als die Tätigkeit des Managements.

An solchen Stellschrauben muss man drehen. Es muss dafür gesorgt werden, dass für das investierte Geld unterrichtet wird und dass der Unterricht von denjenigen angeboten wird, die auch die entsprechenden Konzepte entwickeln können. Es gibt Städte, in denen so verfahren wird, und da ist man auch erfolgreich.

Außerdem habe ich, was die Frage angeht, wo die potenziell Teilnehmenden sind, zumindest in Wiesbaden und in Bremen wahrgenommen, dass Personen im zweiten Bildungsweg, die sich um Teilnahme beworben haben - und zwar Hunderte - abgewiesen werden, weil nicht genügend Plätze vorhanden sind. Man braucht also nicht sozusagen um fünf Leute für einen Alphabetisierungskurs zu werben, wenn es eine ganze Liste von Leuten gibt, die man nicht so in das Bildungssystem eintreten lässt, wie sie es sich wünschen.

Natürlich ist das teuer. Ich weiß, dass der zweite Bildungsweg viel mehr kostet als die Kurshonorare in Höhe von 4 000 Euro. Nichts ist umsonst. Aber genau darum geht es ja. Das Geld muss an der richtigen Stelle investiert werden.

In anderen Zusammenhängen, in denen die Teilnahmezahlen hoch sind - beispielsweise in Moscheenprojekten oder Projekten im Migrationskontext -, spielt in der Regel auch die Zweitsprache eine Rolle; darauf habe ich bereits hingewiesen.

Abg. **Annette Schütze** (SPD): Ich möchte die Frage aufgreifen, wo man noch ansetzen könnte, um Teilnehmer zu gewinnen.

Wie sieht es mit der Ansprache in der Wirtschaft aus? Eingangs wurde angesprochen, dass viele Betroffene erst dann eine Motivation haben, etwas zu unternehmen, wenn z. B. eine berufliche Veränderung ansteht, sie in ihrem Job aufsteigen könnten, aber merken: Ich müsste dafür lesen und schreiben können. - Viele Arbeitgeber haben ja ein großes Interesse daran, diese Menschen im Betrieb zu halten und ihnen deswegen möglicherweise diese Chance zu geben. In Braunschweig z. B. gab es ein erfolgreiches Projekt dazu.

Es ist sehr mühsam, die Wirtschaft hierfür zu gewinnen, ich glaube aber, dass es sich lohnt, hier Energie hineinzustecken. Wie sehen die Fachleute das?

Ralf Häder: Das ist auf jeden Fall ein vielversprechender Bereich, in dem man aktiv werden kann. Manchmal ergeben sich dadurch Schwierigkeiten, dass die Bildungsangebote nicht zur Arbeitszeit oder am Arbeitsort wahrgenommen werden können.

So übersteigt es möglicherweise die Kapazität eines Arbeitnehmers, der z. B. als Lagerist tätig ist, 40 Stunden in der Woche - womöglich sogar im Schichtdienst - arbeitet und Familie hat, zusätzlich noch an zwei Tagen in der Woche nach der Arbeitszeit an Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen.

Es würde uns ein großes Stück voranbringen, wenn sich die Arbeitgeber bzw. die Branchen noch stärker dahin gehend einbinden lassen würden, dass z. B. Schulungen im Rahmen der Betriebe möglich sind.

Die SAPfA-Studie der Stiftung Lesen hat gezeigt, dass die Schwierigkeiten der Kollegen, mit dem Hemmnis des Nichtlesens und -schreibens im Arbeitsalltag umzugehen, gar nicht so groß sind. Das heißt, das Tabuthema Lese- und Schreibschwäche fällt bei der Arbeit gar nicht so sehr ins Gewicht. Hier gibt es also eine gute Möglichkeit,

dieses Thema anzusprechen und gegenzusteuern. Man müsste nur Kompromisse mit Blick auf die zur Verfügung stehende Zeit zum Lernen und zum Arbeiten finden.

Prof. **Dr. Anke Grotlüschen** (Universität Hamburg): Ich möchte zwei Punkte ergänzen.

Bei den gering Literalisierten gibt es eine Weiterbildungsbeteiligung von 28 %. Diese Personen beteiligen sich also an Weiterbildung, aber nicht an Alphabetisierungskursen. Diese Menschen sind über normale Weiterbildungsmaßnahmen - Kurse zur Arbeitssicherheit, zu Gefahrgutscheinen, zur Lagerlogistik usw. - durchaus besser erreichbar, als wir es bisher annehmen.

Wir haben im Rahmen der LEO-Studie abgefragt, ob Betroffene eine Weiterbildung machen würden, wenn sie ihnen von Vorgesetzten empfohlen würde. Die große Mehrheit hat das bejaht.

Insofern würde ich mit Blick auf die Wirtschaft den Weg über die Vorgesetzten wählen und Vorgesetzterschulungen anregen. Dann wäre es wiederum Aufgabe der Grundbildungszentren, ein Portfolio von regulären Kursen, Inhouse-Schulungen oder auch speziellen Maßnahmen für Personen im Schichtdienst parat zu haben, die von Arbeitgebern empfohlen werden könnten. Das können die Grundbildungszentren in Niedersachsen aber bereits seit neun Jahren.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE): Ich möchte noch einmal auf das Thema Finanzierung zu sprechen kommen.

Auf der einen Seite gibt es die Projektfinanzierung, die immer auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt ist. In diesem Rahmen kann ich mir sehr gut vorstellen, Ideen zu verorten, wie man Angebote in die Fläche tragen kann.

Auf der anderen Seite haben sich die Regionalen Grundbildungszentren etabliert. Hier sollten wir von einer Projektförderung zu einer verstetigten Förderung kommen und bei der finanziellen Ausstattung den Blick darauf richten - wie Professorin Grotlüschen ausgeführt hat -, ob wir das Projektmanagement finanzieren oder an dieser Stelle sozialversicherungspflichtige Beschäftigung implementieren wollen, um dann auch dauerhaft Projekte anbieten zu können; das schließt sich ja nicht aus.

Das Problem an der projektorientierten Förderung ist, dass man sozusagen ein Jahr lang einen Pro-

jektantrag schreibt, ein halbes Jahr lang arbeitet und dann den nächsten Projektantrag schreibt. Man ist also mehr mit dem Schreiben von Anträgen beschäftigt als mit den guten Ideen, die hinter den Anträgen stehen.

Deshalb müssen bestimmte Bereiche in der Grundbildung meines Erachtens verstetigt und sollten nicht projektorientiert weitergeführt werden.

Achim Scholz, ehem. Volkshochschule Oldenburg, Bildungsmanagement Schulische Bildung, Alphabetisierung und Grundbildung, Projektleitung abc+

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 4

Achim Scholz: Ich beglückwünsche Sie zu dem vorliegenden Entschließungsantrag. SPD und CDU haben dort im Konsens sehr wichtige Punkte formuliert. Auch ich stehe hinter den dort aufgeführten 16 Punkten - ein wichtiger Aspekt fehlt mir allerdings noch; dazu gleich mehr.

Ich möchte an dieser Stelle ein glühendes Plädoyer für die Regionalen Grundbildungszentren halten. Ich finde, die Landesregierung bzw. das MWK kann froh sein, dass es seit neun Jahren acht bzw. jetzt zehn Regionale Grundbildungszentren gibt, die eine hervorragende Arbeit geleistet haben und auch weiter leisten wollen.

Zunächst zu meinen drei Empfehlungen:

Erstens empfehle ich, die Rolle der Regionalen Grundbildungszentren als Kompetenzzentren und Servicestellen stärker hervorzuheben und in diesem Antrag an eine prominenter Stelle zu setzen - vielleicht entsprechend der Landeszentrale für politische Bildung.

Zweitens empfehle ich, die Regionalen Grundbildungszentren finanziell besser auszustatten. In den letzten neun Jahren waren es unverändert 25 000 Euro pro Zentrum und Jahr.

Drittens empfehle ich, die Finanzierung der Regionalen Grundbildungszentren durch institutionelle Förderung statt Projektförderung zu verstetigen.

Nun zur Begründung: In der Tat war Niedersachsen das erste Bundesland - und damit hatte es eine Vorreiterrolle -, das Regionale Grundbildungszentren gegründet hat.

Vor zehn Jahren gab es die erste LEO-Studie von Frau Professorin Grotlüschen und ihrem Team. Schon ein halbes Jahr später, am Weltalphabetisierungstag, am 8. September 2011, hielt der damalige Kultusminister und KMK-Vorsitzende Bernd Althusmann in der VHS Oldenburg eine programmatische Rede zur Grundbildung. In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Arbeitsverwaltung, Wirtschaft, Volkshochschulen und dem MWK wurde zum ersten Mal von Eugen Gehlenborg, damals Fachreferent, der Begriff „Grundbildungszentrum“ genannt. Es erging die Aufforderung, dazu ein Konzept zu schreiben. Das wurde sofort umgesetzt, und Frau Professorin Wanka, damals Ministerin für Wissenschaft und Kultur, hat das sehr unterstützt.

So waren wir in der glücklichen Lage, am 1. April 2012 mit fünf Regionalen Grundbildungszentren zu starten. Wir hatten uns eigene Schwerpunkte entsprechend den eigenen Stärken gegeben und individuelle Schwerpunktsetzungen vorgenommen.

Es dauerte nicht lange, bis sich diese Regionalen Grundbildungszentren etabliert hatten - auch über die Landesgrenzen hinaus.

2013 evaluierte Anke Grotlüschen die fünf Regionalen Grundbildungszentren quantitativ und qualitativ und kam zu dem Schluss: „Auch auf der Basis internationaler Vergleiche arbeiten sie nachhaltig und hochwertig“. „Es gibt kein anderes Bundesland mit einer solchen personellen Strahlkraft.“ Und sie hob die Vorreiterrolle Niedersachsens hervor.

Im Jahr darauf hat eine weitere Wissenschaftlerin vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover die dann acht Modellstandorte untersucht. Sie wertete dazu viele Gespräche mit Betroffenen und Kooperationspartnern aus. Auch sie kam zu dem Schluss, dass diese Regionalen Grundbildungszentren die Zielgruppe gut erreichen können und als Initiatoren und Netzwerkpartner fungieren.

Diese Arbeit wurde stetig fortgesetzt, und je bekannter diese Regionalen Grundbildungszentren wurden - auch in benachbarten Bundesländern bis hin ins deutschsprachige Ausland -, desto mehr Nachfragen kamen: aus der Wissenschaft und aus der Praxis. Diese Nachfragen sollten und wollten beantwortet werden. Wir sind sehr froh gewesen, dass sich auch viele Wissenschaftlerin-

nen und Wissenschaftler, viele Studentinnen und Studenten gemeldet haben, die über dieses Thema ihre Master- oder Bachelorarbeit geschrieben haben und die Betroffenen interviewen wollten.

Das hatte einen zunehmenden Arbeitseinsatz zur Folge, aber leider wurde die finanzielle Ausstattung in Höhe von 25 000 Euro nicht erhöht.

Am Beispiel des digitalen Lernprogramms Beluga möchte ich kurz beschreiben, wie schwierig es unter diesen Umständen ist, Initiativen umzusetzen und zu einem guten Ziel zu bringen.

In Oldenburg gab es das Präventionsprojekt - das einzige im Land - „Family Literacy“ und die Entwicklung digitaler Lernformate - Beluga. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wäre es uns nicht möglich gewesen, diese Lernplattform dahin zu bringen, wo sie heute ist. Dies wäre ohne private Spenden im fünfstelligen Bereich - z. B. von der Sparda Bank - und die 30 000 Euro zusätzlich nur für Beluga, die wir über die politische Liste im letzten Jahr erhalten haben - Frau Naber, für Ihren diesbezüglichen Einsatz bin ich Ihnen sehr dankbar -, nicht möglich gewesen.

Ich will damit sagen: Diese Zentren haben weiterhin eine hohe Innovationskraft, und die dahinterstehenden Personen leisten ein großes Engagement. Sie haben schon viele Konzepte erarbeitet, was auf der eigenen Website - <http://rgz-nds.de> - dokumentiert wird und auch in einer Publikation dargestellt ist, die 2018 erschienen ist: „Grundbildung lebensnah gestalten. Fallbeispiele aus den Regionalen Grundbildungszentren in Niedersachsen.“

Andere Bundesländer haben sich daran ein Beispiel genommen und uns eingeladen; es gibt gute Kooperationen z. B. aktuell mit Baden-Württemberg, wo die Regionalen Grundbildungszentren erst vor zwei Jahren gestartet, aber besser mit Mitteln ausgestattet sind. Wenn man dann als Vorreiter langsam von anderen Bundesländern überholt wird, obwohl man eigentlich mehr bewirken könnte - die Chancen wären da -, schmerzt das manchmal. Deshalb ist die Empfehlung der Steuerungsgruppe der Regionalen Grundbildungszentren, die finanzielle Ausstattung in einem ersten Schritt um weitere 25 000 Euro auf dann 50 000 Euro im Jahr zu erhöhen und für eine bessere Planungssicherheit die Regionalen Grundbildungszentren zu verstetigen, sodass sie nicht jedes Jahr oder alle zwei Jahre wieder einen

neuen Projektantrag schreiben müssen. Denn in diesen Zentren haben sich Kompetenzen gebündelt, und sie haben eine Servicefunktion auch für benachbarte Landkreise. Es wurde gerade schon angesprochen: Das Regionale Grundbildungszentren Oldenburg hat praktisch den ganzen ostfriesischen Raum zu versorgen. Niedersachsen ist ein Flächenland, und die Wege sind zum Teil weit. Deshalb bedarf es neben dem Know-how auch eines entsprechenden Arbeitseinsatzes.

Abschließend möchte ich noch auf einen wichtigen Aspekt eingehen, der in der 16-Punkte-Auflistung des Antrags noch nicht enthalten ist, nämlich die Unterstützung der Selbstorganisation von Betroffenen. Schon 2013 war Frau Wanka zu Besuch in der Selbsthilfegruppe Oldenburg, die in zwei Monaten ihr zehnjähriges Jubiläum feiern kann.

Abschließend möchte ich dazu noch aus einer Drucksache des Niedersächsischen Landtages vom 19. Februar 2013 zitieren. Dort heißt es:

„Bei der Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit spielt das Engagement der Betroffenen selbst eine immer größere Rolle. Dafür ist die in der VHS Oldenburg etablierte ABC-Selbsthilfegruppe mit ihrem Leitmotiv ‚Lerner sind die wahren Botschafter!‘ beispielhaft. Durch das Engagement mitwirkender Lerner zeigt sie, wie wichtig Vernetzung und Selbstorganisation sowie der Dialog mit Öffentlichkeit und Politik sind. Dieses Modell und seine Ergebnisse sollen sich perspektivisch weit über die Region hinaus verbreiten.“

Das hat dann auch stattgefunden; es gibt inzwischen weitere Selbsthilfegruppen in Lüneburg und Hannover. Frau Viehoff, Herr Ehbrecht, Frau Schütz und Frau Dr. Wernstedt konnten sich vor einem Jahr bei einem Gespräch mit den Akteuren der Selbsthilfegruppen selbst davon überzeugen, wie überzeugend die Akteure in ihrer Selbstdarstellung sind - auch in der Öffentlichkeit.

Bei Selbsthilfegruppen denkt man nicht immer gleich an Öffentlichkeitsarbeit, aber für die Aktiven ist es ein wichtiges Ziel, die Betroffenen oder die Mitwissenden zu erreichen, auch um mehr Teilnehmer zu gewinnen.

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Herr Scholz, Sie haben neben einer finanziell besseren Ausstattung und einer institutionellen Förderung empfohlen, die Rolle der Regionalen Grundbildungs-

zentren als Kompetenzzentren und Servicestellen hervorzuheben. Meinen Sie das in Bezug auf eine andere konzeptionelle Einbindung oder in Bezug auf die Kommunikation, z. B. ein zielgruppengesteuertes Bewerben?

Achim Scholz: Es geht eher um die Kommunikation nach außen, aber auch um den Antrag selbst.

Unter Nr. 2 wird die Landesregierung gebeten, Initiativen und Projekte zur Stärkung der Grundbildung, „wie z. B. die Regionalen Grundbildungszentren“, weiter zu fördern. Ich würde es begrüßen, wenn dieses Statement eine etwas prominentere Note bekäme, wie unter Nr. 1 hinsichtlich der Landeszentrale für politische Bildung.

Denn die Nrn. 3 bis 13 werden aktuell mehr oder weniger schon in den Regionalen Grundbildungszentren umgesetzt. Das könnte noch stärker nach vorne gebracht werden, wenn mehr Mittel zur Verfügung stehen würden.

Ich denke, in einem solchen Entschließungsantrag sollten die Regionalen Grundbildungszentren als ein ganz wichtiges Instrument, um diese vielen unterschiedlichen Ziele zu erreichen, nach oben gestellt werden.

Abg. **Lars Alt** (FDP): Mich interessiert zum einen, wie Sie die Teilnehmer bekommen - Stichwort „Akquise“ -, und zum anderen, woher die Teilnehmer kommen, ob aus dem besonderen Nahraum in Oldenburg, aus bestimmten Berufsgruppen usw.

Achim Scholz: Den größten Zulauf hatten wir bis zum Beginn der Pandemie über die Jobcenter, denen in Gesprächen oder anhand von biografischen Masken auffällt, wenn entsprechende Probleme bestehen. Alle Regionalen Grundbildungszentren stehen in engem Kontakt mit den Jobcentern; wir haben über mehrere Jahre auch Sensibilisierungsveranstaltungen nach eigenem Konzept mit den Mitarbeitenden der Jobcenter durchgeführt. Deshalb sind sie sensibilisiert, auf Lese- und Schreibschwächen bei ihren Kunden zu achten, weswegen sie schwierig vermittelbar sind. Die Jobcenter schicken sie dann zu uns. Das ist ein sehr großer Bereich der Akquise.

Aber die Akquise erfolgt auch über die Selbsthilfegruppen, und zwar nicht nur in Oldenburg. Sie bieten eine gute Brücke für Menschen, die häufig noch voller Scham sind und unsicher sind, ob das für sie das Richtige ist oder ob sie mit diesem

Problem nicht allein sind. Wenn sie an der Selbsthilfegruppe teilnehmen und hören, wie es anderen geht, erleben sie sich als einen unter vielen, und dann ist der Weg in einen Lese- und Schreibkurs viel einfacher. Deshalb mein Plädoyer für die Stärkung und Vermehrung von Selbsthilfegruppen. Denn das ist eine sehr gute Möglichkeit, weitere Lernende zu gewinnen.

Die Teilnehmenden kommen hauptsächlich aus der Stadt Oldenburg; denn dort legen wir - wie alle anderen Regionalen Grundbildungszentren - einen Schwerpunkt auf die aufsuchende Bildungsarbeit. Wir wissen, dass viele Betroffene nicht in ein Bildungszentrum in der Stadt kommen, sondern häufig in ihren Quartieren in der Peripherie der größeren Städte bleiben. Deswegen bieten wir über die Stadtteilarbeit Beratung und Unterricht in den Stadtteilen an. Das kommt auch sehr gut an. Wir könnten diese Menschen nicht bei uns in der Zentrale gewinnen, und deshalb gehen wir zu ihnen und holen sie dort ab, wo sie sind.

Ansonsten geht der Radius etwa 30, 40 km um Oldenburg herum. Ich denke, in den anderen Modellstandorten ist es ähnlich.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE): Auch ich möchte auf die Regionalen Grundbildungszentren als Kompetenzzentren zu sprechen kommen.

In der Tat ist Niedersachsen ein Flächenland. Sie haben gesagt, dass das Regionale Grundbildungszentrum Oldenburg in einem Umkreis von 30 bis 40 km wirkt und zumindest in Oldenburg die aufsuchende Bildungsarbeit im Fokus steht. Wenn das auf alle Regionalen Grundbildungszentren in Niedersachsen zutrifft, wird es noch eine Reihe von weißen Flecken geben. Haben Sie Ideen - jenseits davon, dass es mehr Regionale Grundbildungszentren geben müsste -, wie man in diesen Bereichen, die oft auch wirtschaftlich abgehängt sind, weil sie so weit von Städten oder Ballungsräumen entfernt sind, die Menschen erreichen kann, die entsprechende Bedarfe haben und keinen Weg von 50 oder 60 km zurücklegen können?

Achim Scholz: Ich würde anregen, prioritär die bestehenden Regionalen Grundbildungszentren finanziell zu stärken, damit Möglichkeiten bestehen, in die Peripherie zu fahren und dort Fortbildungen durchzuführen usw.

Im Rahmen der Fortbildungen der Jobcenter-Mitarbeiter haben wir erfahren, dass zwar viel Bereitschaft besteht, die Kunden in Lese- und Schreibkurse zu schicken, aber es häufig vor Ort in den kleineren Volkshochschulen keine entsprechenden Angebote gab. Denn bisher waren sieben Teilnehmer erforderlich - jetzt sind Kurse ab fünf Teilnehmern möglich. Dass es zu wenig Angebote gibt, liegt häufig daran, dass sie sich für Bildungsträger nicht rechnen. Denn die Kursgebühren sind sehr niedrig - bei uns sind es 1,45 Euro pro Unterrichtsstunde. Viel höher können wir nicht gehen, weil das eine zu große Hürde z. B. für Hartz-IV-Empfänger wäre.

Deshalb ist eine der acht Forderungen der Betroffenen, die sie im „Oldenburger Manifest“ niedergelegt haben, kostenfreie Grundbildungskurse zur Verfügung zu stellen. Viele verstehen auch nicht, warum Schülerinnen und Schüler kein Schulgeld und Studierende keine Studienbeiträge bezahlen müssen, Erwachsene aber selbst für ihre Grundbildung aufkommen müssen.

Abg. **Hanna Naber** (SPD): Ich habe eine Nachfrage mit Blick auf die Corona-Pandemie. Wie wirkt sich die pandemische Situation auf die Lernenden, die Selbsthilfegruppen, die Angebote aus, bzw. welche Lehren und Konsequenzen sind für die Grundbildung aus der Pandemie zu ziehen? Gibt es erste Erkenntnisse, wie man auch Grundbildung pandemiefest aufstellen kann, damit nicht zu viele Menschen drohen, durchs Raster zu fallen?

Achim Scholz: Unsere Lernenden leiden mehr als wir darunter; denn sie sind nun im doppelten Sinne isoliert. Wir probieren natürlich einiges aus wie Zoom-Konferenzen. Wir sind über WhatsApp-Gruppen in Verbindung - wobei ich Frau Grotlischen zustimme, dass dies nicht das beste Mittel ist, um zu lernen. Aber es ist ein gutes Mittel, um im Austausch zu bleiben.

Über einige Lernplattformen, nicht zuletzt Beluga, können die Lernenden auch zu Hause etwas machen. Das macht ihnen auch Spaß, aber lieber wollen sie zurück zur Normalität, die es vor der Krise gab. In vielen Studien, nicht zuletzt in eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen mit Wissenschaftlern an der VHS Oldenburg, wurde herausgefunden, dass das Präsenzlernen in der Gruppe nicht zu ersetzen ist. Denn eine Lerngruppe wirkt wie eine Familie, eine Vertrauensgruppe. Das ist durch digitale Medien nicht zu ersetzen. Sie können aber durchaus ergänzend ge-

nutzt werden, um sich z. B. einmal zwischendurch sinnvoll mit einer Lern-App zu beschäftigen. Die Pandemie hat deutlich gezeigt, dass wir wieder zum Präsenzlernen zurückkommen müssen.

Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung, Alphabetisierung/Grundbildung, Zweiter Bildungsweg, Team Lebensbegleitendes Lernen, Hannover

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 5

Anwesend:

- **Dr. Martin Dust, Geschäftsführer**
- **Oksana Janzen**

Dr. Martin Dust führte auf der Grundlage einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage**) Folgendes aus:

Das Thema Grundbildung stellt neben dem Megathema der Digitalisierung meines Erachtens das derzeit wichtigste Handlungsfeld der Erwachsenenbildung dar.

Zu unserer Institution: Die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung des Landes Niedersachsen wurde im Jahr 2006 eingerichtet, um die Dienstleistungen des Landes für die Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung zu bündeln. Dazu gehört auch der wichtige Bereich der Grundbildung und des zweiten Bildungswegs. Meine Kollegin Frau Janzen verantwortet diesen Bereich seit dem Jahr 2009. Ich selbst bin seit 2014 als Geschäftsführer dieser Einrichtung tätig.

Ich möchte einleitend versuchen, die Lebenswelt der Menschen mit geringer Literalität an einem Beispiel darzustellen, um deutlich zu machen, worüber wir - hier auf der doch abstrakteren Ebene der Landespolitik - sprechen.

Zur Lebenswelt Menschen mit geringer Literalität

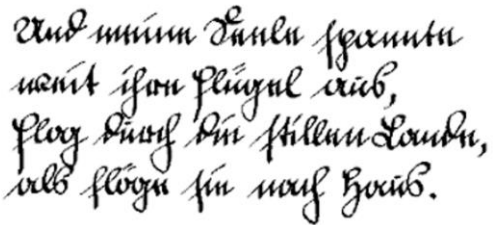


„Auf welcher Etage wohl der Zahnarzt ist?“

2 aewb-nds.de

Hier ein Beispiel des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung aus der Lebenswelt von Menschen mit geringer Literalität.

Was können wir lesen und verstehen?



3 aewb-nds.de

Dies ist ein weiteres Beispiel, das die Problematik auf der subjektiven Ebene verdeutlicht. Was können wir hier lesen und verstehen?

Es handelt sich um deutsche Kurrentschrift. Bis in die 1960er-Jahre wurde sie noch in der Schule unterrichtet, aber heute stehen wir ratlos davor. Abgebildet ist die dritte Strophe des Gedichts „Mondnacht“ von Eichendorff:

„Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus, flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.“

Würde es sich dabei um ein wichtiges Dokument handeln, das wir lesen und verstehen müssten, hätten wir ein ziemliches Problem.

Das Beispiel macht, wie ich denke, sehr deutlich, was es bedeutet, von Schriftsprachlichkeit ausgeschlossen und damit in der gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt zu sein.

Aktueller Stand

- 87 nach NEBG anerkannte Einrichtung der Erwachsenenbildung**
58 Volkshochschulen, 7 Landeseinrichtungen, 23 Heimvolkshochschulen
- Teilnehmende**
Rund 17.500 Teilnehmende in der Grundbildung
Rund 8.500 Teilnehmende im Zweiten Bildungsweg
- Zusätzliche Landesprojekte**
Maßnahmen des zweiten Bildungsweges (jährlich 400 Tsd. €)
Grundbildungsmaßnahmen (jährlich 500 Tsd. €)
Maßnahmen des Zweiten Bildungsweges für Geflüchtete (1,9 Mio. € in 2020)
- 10 Regionale Grundbildungszentren**
Entwicklung und der Transfer innovativer Konzepte, Modelle und Materialien
- Landesbündnis für Grundbildung**
23 Bündnispartner aus Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft

4 aewb-nds.de

Ich komme zum aktuellen Stand der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung in den Bereichen Alphabetisierung, Grundbildung und nachholende Literalität.

Die Weiterbildung ist mit 87 anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung in einem flächendeckenden Netz in Niedersachsen präsent: 58 Volkshochschulen, 7 Landeseinrichtungen und 23 Heimvolkshochschulen, wobei die Heimvolkshochschulen im Bereich der Alphabetisierung, der Grundbildung und des zweiten Bildungsweges eine nur nachgeordnete Rolle spielen. Das ergibt sich aus ihrem Auftrag. Vorrangig sind hier die Volkshochschulen und die Landeseinrichtungen.


Dieses ist es gelungen, im Jahr 2019 rund 26 000 Teilnehmende im Bereich der Grundbildung und des zweiten Bildungsweges zu erreichen. Bezogen auf die Gesamtanzahl der landesweit Betroffenen von 620 000 ist das mit 4 % ein sehr geringer Prozentsatz, wobei in der Zuordnung der Teilnehmenden im zweiten Bildungsweg immer von einem „Sowohl als auch“ gesprochen werden kann. Klar ist aber, dass wir unsere Bemühungen angesichts dieses sehr geringen Prozentsatzes verstärken müssen, um einen größeren Teil dieser Menschen zu erreichen.

Was die Angebotsformen betrifft, erreichen wir die Betroffenen derzeit hauptsächlich auf zwei Wegen: erstens durch das grundständige Angebot in den Einrichtungen, gefördert nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG), und zweitens über zusätzliche Landesprojekte - Maßnahmen im zweiten Bildungsweg und im Bereich der eigentlichen Grundbildung sowie seit dem Jahr 2015 auch in besonderen Maßnahmen des zweiten Bildungsweges für Geflüchtete.

Wir bemühen uns derzeit, die „Versäulung“ dieser Angebote und auch der sie auf der Ebene der Landesverwaltung abbildenden Ressorts ein Stück weit aufzulösen; eine entsprechende Anregung hat auch Frau Grotlüschen gemacht.

Über die zehn Regionalen Grundbildungszentren und deren Aufgabe ist bereits sehr ausführlich gesprochen worden. Wir in Niedersachsen waren mit der Gründung im Jahr 2012 Vorreiter. Wir haben die Zahl der Standorte der Grundbildungszentren innerhalb von acht Jahren verdoppeln können. Das ist sehr zu begrüßen. Aber die finanzielle Förderung ist mit 25 000 Euro pro Jahr übersichtlich und seit Beginn stagnierend.

Ein neuer Impuls ist das Landesbündnis für Grundbildung. Der Niedersächsische Bund für freie Erwachsenenbildung als Dachverband der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung und das Ministerium für Wissenschaft und Kultur haben dieses Landesbündnis für Grundbildung unter Schirmherrschaft von Minister Thümler mit 23 Bündnispartnern aus Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft Anfang November 2020 ins Leben gerufen. Auch das Landesbündnis ist ein Versuch, die „Versäulung“ in den Bildungsbereichen zu überwinden und zu einer einheitlichen Strategie für das Land Niedersachsen im Bereich der Grundbildung zu kommen.

Handlungsbedarfe
<p>1. Auf- und Ausbau des Landesbündnisses für Grundbildung</p> <p>2. Ausarbeitung und Abstimmung einer gemeinsamen Landesstrategie für Grundbildung</p> <p>3. Bausteine für die Umsetzung einer umfassenden Grundbildungsstrategie auf Landesebene</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Koordinierungsstelle für Grundbildung bei der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung • Sicherung und Ausbau der Regionalen Grundbildungszentren • Stärkung der Projektmittel im Zweiten Bildungsweg und zusätzlicher Förderung von Grundbildungsmaßnahmen • Förderung der arbeitsplatzorientierten Grundbildung
 5 aewb-nds.de

Zu den aus unserer Sicht bestehenden Handlungsbedarfen gehört zunächst, das Landesbündnis für Grundbildung weiter auszubauen und zu stärken.

Das Landesbündnis hat sich als ein wesentliches Ziel gesetzt, das Bewusstsein in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für dieses wichtige Themenfeld zu stärken. Dazu sind eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, die Sensibilisierung der betroffenen Zielgruppen sowie eine Sensibilisierung des

mitwissenden Umfeldes notwendig. Denn dem Umfeld kommt eine zentrale Funktion dabei zu, mögliche Betroffene zu identifizieren und aus diesen Betroffenen Teilnehmende an den Angeboten der Erwachsenenbildung zu machen.

Das wesentlichste Ziel des Landesbündnisses ist die Aktivierung der Betroffenen, um ihnen Angebote machen zu können und sie für deren Wahrnehmung zu gewinnen. In diesem Zusammenhang sind wir in der Gründung eines sogenannten Lernrates begriffen, dessen Mitglieder wir aus den Selbsthilfegruppen gewinnen möchten, um sie institutionell einzubinden und ihre Erfahrungen für die weitere Ausgestaltung des Landesbündnisses zu nutzen, damit wir möglichst viele Betroffene erreichen.

Aus Sicht der Erwachsenenbildung, die Teil dieses Landesbündnisses ist, ist es wichtig, die Regionalen Grundbildungszentren zu sichern und auszubauen. Wichtig ist auch, die Projektmittel im zweiten Bildungsweg und in der Förderung von Grundbildungsmaßnahmen weiter fortzuführen und nach Möglichkeit auszubauen.

Wir sehen in der Förderung der arbeitsplatzorientierten Grundbildung ein sehr gutes Instrument, um Betroffene anzusprechen, da sich mehr als die Hälfte der Betroffenen in Beschäftigungsverhältnissen befindet. Auch dabei kann das Landesbündnis meines Erachtens hilfreich sein, um im Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen - Wirtschaft und Bildungseinrichtungen - passgenaue Angebote zu entwickeln.

Das sogenannte GO-Modell in Niedersachsen, in dem die arbeitsplatzbezogene Grundbildung projektmäßig implementiert worden ist, wurde leider nicht weitergefördert. Es wäre aber ein guter Ansatz, in diesem Bereich weiterzuarbeiten.

Schließlich wäre auch der Ausbau der Koordinierungsstelle des Landesbündnisses wichtig; denn ein solches Bündnis muss entsprechend koordiniert und begleitet werden.

All dies bedeutet letztlich, dass entsprechende Finanzmittel für diesen Bereich zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Betroffenen erreichen zu können. Das muss nicht unbedingt die angesprochene Verzehnfachung der Mittel sein. Auch mit übersichtlicheren Ansätzen kann hier durchaus viel bewegt werden, wie man am Beispiel der Regionalen Grundbildungszentren sehen kann.

Wir sollten nach meiner Einschätzung auf dieses Landesbündnis als ein Arbeitsbündnis setzen, um weiter koordiniert vorgehen und vielen Betroffenen ein entsprechendes Angebot machen und sie dafür gewinnen zu können.

Verband Deutscher Privatschulen Niedersachsen/Bremen e. V., Hannover

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 1

Anwesend:

- **Holger Wohlfeil**
- **Gerd Heimann**

Holger Wohlfeil: Danke für die - zumindest was das Thema der Erwachsenenbildung angeht - erstmalige Möglichkeit, als Verband Deutscher Privatschulen (VDP) in einer Anhörung im Niedersächsischen Landtag zu Wort zu kommen.

Ich bin neben meiner Tätigkeit als Koordinator für den Fachbereich Arbeitsmarktdienstleistungen (AMDL) des VDP Prokurist eines Bildungsträgers in Niedersachsen und arbeite seit 25 Jahren im Bereich der Erwachsenen- und beruflichen Bildung. Diese Tätigkeit habe ich bisher auch immer als „Erwachsenenbildung“ wahrgenommen - wie ich gelernt habe, wird das aber im Land nicht unbedingt so wahrgenommen.

Der Verband Deutscher Privatschulen Niedersachsen-Bremen, 1901 gegründet, gehört zu einem der bundesweit ältesten Privatschulverbände. In Niedersachsen vertritt der VDP etwa 40 Schulen und Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft, die in Niedersachsen an etwa 200 Standorten tätig sind und über 3 500 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte haben. Hinzu kommen regelmäßig ungefähr 700 Freelancer, also Honorarkräfte, sodass der VDP einen Bereich mit etwa 4 200 Mitarbeitern vertritt. Die entsprechenden verschiedenen Bildungsmaßnahmen und Bildungsgänge haben über 35 000 Teilnehmer.

Es gibt neben den im VDP organisierten Bildungsträgern viele, die ebenfalls nicht unter das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz fallen. Wir sind angetreten, um gewissermaßen für diesen anderen Teil der Bildungsträger eine Lanze zu brechen.

Gerd Heymann: Ich bin als Geschäftsführer einer Sprachschule und beim VDP Niedersachsen-Bremen als Koordinator für den Fachbereich Sprache tätig.

Wir haben einmal anlässlich eines Antrags der Grünen-Fraktion, der auch die Stärkung der Erwachsenenbildung thematisierte, begonnen, uns mit der Frage zu beschäftigen, wie Erwachsenenbildung definiert wird. Dies greifen wir vor dem Hintergrund des vorliegenden Antrags der Fraktionen der SPD und der CDU wieder auf.

Ich möchte vorausschicken, dass wir - wie auch in unserer schriftlichen Stellungnahme ausgeführt - prinzipiell alle im Antrag genannten Forderungen vollumfänglich unterstützen. Es scheint uns aber - dies auch vor dem Hintergrund der Berichterstattung über Corona und Fragen wie: „Welche Einrichtungen werden geschlossen?“, „Was ist eine Erwachsenenbildungseinrichtung?“, „Was ist eine Volkshochschule?“, „Was ist berufliche Bildung?“ - ein grundsätzliches Problem zu sein, dass Erwachsenenbildung im politischen und damit auch im öffentlichen Bewusstsein sehr häufig mit Volkshochschulen oder - mit Bezug auf den vorliegenden Antrag - mit der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung assoziiert wird.

Die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung vertritt in der Tat sehr viele Mitglieder - neun anerkannte Weiterbildungseinrichtungen, darunter die Volkshochschulen -, aber es gibt in Niedersachsen auch noch viele andere Bildungsträger, die in diesem Markt tätig sind.

Insofern möchten wir einerseits diesen Antrag, dessen Forderungen wir für absolut sinnvoll halten, unterstützen, andererseits aber auch die Gelegenheit nutzen, Ihnen die Frage ins Bewusstsein zu bringen, was eigentlich alles unter Erwachsenenbildung fällt.

Würde dieser Begriff auf den Bereich der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung, also der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung des Landes Niedersachsen, beschränkt, dann würde damit aus unserer Sicht die Chance vergeben, viel mehr Bildungsträger ins Boot zu holen - insbesondere angesichts des Teilnehmerkreises, also der Menschen mit Lese- und Schreibschwächen, der sich noch einmal in Geflüchtete und Menschen, die hier aufgewachsen sind, unterteilen lässt.

Der VDP ist in Niedersachsen flächendeckend tätig. Jobcenter bieten eine Möglichkeit, potenzielle Teilnehmer zu erreichen. Im Bereich AMDL sind viele Bildungsträger auch außerhalb der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung tätig, die mit diesem Personenkreis zu tun haben.

Insofern wäre es aus unserer Sicht begrüßenswert, die Definition von Erwachsenenbildung zu erweitern und zu versuchen, andere Bildungsträger einzubinden - zunächst auch unabhängig von der Finanzierung. Es geht uns, wie gesagt, darum, überhaupt ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Erwachsenenbildung viel mehr umfasst, als es üblicherweise dargestellt wird.

Holger Wohlfeil: Ich möchte den erstgenannten Punkt unterstreichen: Wir sind absolut dafür, Grundbildung und Alphabetisierung zu fördern.

Betonen möchte ich auch, dass es nicht darum geht, die ohnehin sehr geringen Mittel, die in diesem Bereich investiert werden, auf noch mehr Personen und Institutionen zu verteilen. Es geht in erster Linie darum, eine erweiterte Wahrnehmung zu schaffen.

In diesem Zusammenhang waren zwei Fragen, die im Rahmen der Anhörung von Herrn Scholz aufgekomen sind, besonders interessant.

Erstens fragte Frau Viehoff, wie mehr Menschen - die Rede war von sinnbildlichen weißen Flecken auf der Landkarte - erreicht werden könnten. Es gibt so viele andere Bildungsträger, die einen Beitrag hierzu leisten könnten, als die 87 gesetzlich geförderten Einrichtungen und auch als die 40 Träger, die im VDP organisiert sind. Viele andere Einrichtungen in Niedersachsen leisten einen enormen Beitrag zum Thema Bildung. Wir möchten gern die Sichtbarkeit dieses Teils des Bildungswesens in Deutschland zu erhöhen.

Eine zweite interessante Frage war, wie die Menschen akquiriert werden, deren Teilnahme an Maßnahmen der Grundbildungszentren gefördert wird. Hier hieß es, eine große Rolle spielten die Bezieher von Unterstützungsleistungen, also Personen, die man über die Jobcenter erreicht.

Dazu kann ich sagen: Viele Träger, mit denen wir zusammenarbeiten oder bei denen wir selbst tätig sind, gewinnen ihre Klienten im Zusammenhang mit dem Rechtskreis des SGB II - also Klienten der Jobcenter - und des SGB III. Auch wir als Bildungsträger sind also sehr oft mit dem Auftrag

der Heranführung an den Arbeitsmarkt konfrontiert.

Eigentlich stellt sich die Problemlage aber anders dar. Deswegen wünschen wir uns, hier eine bessere Zusammenarbeit und Vernetzung der Möglichkeiten herzustellen, um alle potenziellen Teilnehmer erreichen zu können. Das ist uns sehr wichtig.

Woher kommen die potenziellen Teilnehmer außerdem? - Viele dieser Menschen stehen ja glücklicherweise in Lohn und Brot. Nur befinden sie sich oftmals in Gefahr, aufgrund schlechter sprachlicher Kenntnisse schnell entlassen zu werden oder nicht voranzukommen, also in einer mit Blick auf ihren Arbeitsvertrag gewissermaßen fragilen Situation.

Die Bildungsträger im Bereich Arbeitsmarktdienstleistungen, deren Auftrag die Heranführung an den Arbeitsmarkt ist, haben viele Kontakte zu den entsprechenden Betrieben. Ich glaube also, es gibt hier ein großes Potenzial, das gemeinsam ausgeschöpft werden kann.

Insofern wünschen wir uns, dass die Möglichkeiten im Land Niedersachsen, das mit dem Erwachsenenbildungsgesetz und dem klaren Bekenntnis der Politik, diesen Bereich zu fördern, schon sehr gut aufgestellt ist, auf alle Unternehmen erweitert werden, die in diesem Bereich tätig sind.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE): Ich habe zwei Fragen.

Meine erste Frage ist, in welchem Rahmen Sie schon heute mit den Regionalen Grundbildungszentren in den jeweiligen Regionen zusammenarbeiten.

Vor dem Hintergrund, dass Sie u. a. mit dem Jobcenter zusammenarbeiten, ist meine zweite Frage, welche Angebote Sie hier im Bereich der Grundbildung machen.

Holger Wohlfeil: Zu Ihrer ersten Frage: Ich arbeite bei einem Bildungsträger, der mit nahezu 50 Standorten in Niedersachsen vergleichsweise gut aufgestellt ist. Diese arbeiten nicht mit den Grundbildungszentren zusammen.

Ich kann die Frage nicht auf den gesamten Verband bezogen beantworten, würde die Zusammenarbeitsquote aber als gering einschätzen. Bei Diskussionen innerhalb meines Fachbereichs et-

wa kommt der Ansatz, mit den Grundbildungszentren zusammenzuarbeiten oder Teilnehmer aus diesem Bereich zu gewinnen, nicht zur Sprache.

Zu Ihrer zweiten Frage: Das Thema Grundbildung - also sprachliche Fähigkeiten im Allgemeinen und schriftsprachliche im Besonderen - ist oftmals Bestandteil von Bildungsangeboten, die das Ziel der Heranführung an den Arbeitsmarkt haben. Es handelt sich insofern nur um eine andere Beschreibung der Aufgaben des Grundbildungsbereiches.

Wenn man mit einem Klienten dessen Bewerbungsunterlagen überarbeitet, ihn sprachlich fördert, indem man ihm z. B. Berufssprache beibringt, wenn man prüft, ob seine sprachlichen Kenntnisse ausreichend sind - ob er also schon einen Sprachkurs gemacht hat oder mit welchem Niveau er einem Kurs zugewiesen wird -, dann betreibt man damit Grundbildung als Tagesgeschäft.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE): Im Rahmen welcher Schulformen, die Sie anbieten - Berufsfachschule, berufliche Weiterbildung, Sprachschule -, führen Sie diese Angebote zur Heranführung an den Arbeitsmarkt durch? - Ich habe versucht, mich darüber auf Ihrer Internetseite zu informieren.

Holger Wohlfeil: Der Webauftritt bildet an dieser Stelle noch nicht den Großteil der in unserem Berufsverband vertretenen Tätigkeiten ab. Sie finden dort die Ersatz- und Ergänzungsschulen. Darunter sind die Fachoberschulen für Pflege bzw. Gestaltung, die Sekundar- und die Primarschulen gefasst.

Ein großer Bereich, der nur mit einem Wort genannt wird, sind die Arbeitsmarktdienstleistungen. Diese werden von Bildungsunternehmen angeboten, die einen Großteil der öffentlichen Aufträge durchführen, die von der Bundesagentur für Arbeit bzw. - hier in Niedersachsen - vom Regionalen Einkaufszentrum Nord ausgeschrieben werden. Dazu gehören die außerbetriebliche Ausbildung in Einrichtungen, die Reha-Ausbildung in integrativer und kooperativer Form, die Berufseinstiegsbegleitung, ausbildungsbegleitende Hilfen, die assistierte Ausbildung sowie Bewerbungstrainings und Einzelcoachings.

Gerd Heymann: Ergänzend zum Thema Sprache: Auch Sprachschulen sind im VDP verankert. Hier gab es bereits mehrfach Kooperationen und Projekte, insbesondere im Bereich Geflüchtete.

Wir haben festgestellt, dass diese Kooperationen dann funktionieren, wenn sie von einer der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen angestoßen wurden. Alle anderen sind darauf angewiesen, finanzielle Mittel über die geförderten Landeseinrichtungen zu bekommen. Dagegen ist prinzipiell auch zunächst nichts einzuwenden; die Förderung erfolgt ja. Das Problem ist nur, dass oftmals viel mehr möglich wäre. Oftmals gab es Angebote, die gar nicht wahrgenommen werden konnten.

Deswegen wäre es wichtig, zunächst einmal größere Transparenz herzustellen: Welche Projekte gibt es? Wer kann sich an ihnen beteiligen? Wie werden die Gelder vergeben? - Hier wäre aus meiner Sicht noch einiges möglich und wünschenswert.

Abg. **Jörg Hillmer** (CDU): Herr Wohlfeil, mich interessiert, welches Angebot die privaten Schulen machen können, um bei der Aufgabe, mehr Menschen mit geringer Literalität ans Lesen und Schreiben heranzuführen, signifikante Fortschritte zu erzielen.

Holger Wohlfeil: In erster Linie sind viele Angebote im Übergangssystem von der Schule in den Beruf oder auch im Beruf selbst, also in der Heranführung an den Arbeitsmarkt, möglich. Oftmals ist es bereits Bestandteil der Kurse, genau diese Probleme zu fokussieren und Verbesserungen zu erreichen. Auch in ausbildungsbegleitenden Hilfen ist es originäre Aufgabe, diese Defizite auszugleichen.

Wir können alle Angebote, die andere Bildungsträger wie die Volkshochschulen machen, genauso machen oder sie jedenfalls ergänzen. Wir können etwas im Vorfeld oder auch im Anschluss tun. Wir können die Übergänge und die Strukturen des Kontakts zu Arbeitgebern, mit denen wir häufig zusammenarbeiten, verbessern.

Wir sind im System Schule - genauer: im Übergangssystem von der Schule in den Beruf - aktiv. Die Klienten durchlaufen bei uns berufsvorbereitende Maßnahmen. Hier gibt es viele Tausende junge Menschen, die das allgemeine Schulsystem möglicherweise mit den Defiziten, die erst später aufgefallen sind, durchlaufen haben.

Es gibt keinen bestimmten Kurs im Programm, um das Problem zu lösen. Wichtige Aspekte sind meines Erachtens die Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Zentren und die Vermittlung

von Klienten, um herauszufinden, welcher Klient bei welchem Träger am besten aufgehoben ist.

Abg. **Lars Alt** (FDP): Ihre Ausführungen haben deutlich gemacht, dass Sie ein eigenes Netzwerk zur Akquise im Bereich der Übergangsgestaltung haben, was auch den Rückgriff auf Lehrpersonal betreffen könnte. Sie bringen also sehr viel mit, was uns vielleicht helfen könnte, die Lücken im Bereich der Grundbildung und Alphabetisierung zu schließen.

Meine Frage ist, ob Sie Erfahrungen - möglicherweise auch aus der Kommunikation mit anderen Verbänden - im Hinblick auf die Rechtsgestaltung in anderen Bundesländern haben. Gibt es Bundesländer, in denen Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft möglicherweise weniger „benachteiligt“ sind?

Holger Wohlfeil: Ich danke für die vorsichtige Formulierung „weniger benachteiligt“. Wir wollen uns zwar nicht als Benachteiligte darstellen, aber ein Funke Wahrheit liegt schon darin.

Wir haben diese Frage noch nicht auf Bundesebene thematisiert. Der VDP ist aber bundesweit organisiert, und es handelt sich um ein Fokusthema für 2021, zu evaluieren, in welchen Bundesländern es eventuell besser läuft als in anderen, und ein Best-Practice-Beispiel zu finden.

Wobei man sagen muss - auch das ist wichtig, festzustellen -, dass in Niedersachsen aufgrund des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes die Profis arbeiten; darauf hat auch Herr Scholz hingewiesen. Andere Länder schauen durchaus auf das, was wir hier tun; denn grundsätzlich passiert hier viel Positives.

Wir würden das System an dieser Stelle gern weiter unterstützen. Wir werden, wie gesagt, auf Bundesebene die Zusammenarbeit in anderen Bereichen thematisieren. Wir hören von unseren Mitgliedern, dass sie in Niedersachsen besser sein könnte und sollte. Das ist unser Wunsch.

Tagesordnungspunkt 2:

Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu den Vorgängen bezüglich der Behandlung des Patienten Igor K. in der Medizinischen Hochschule Hannover

Verfahrensbeschluss

Der **Ausschuss** beschloss einstimmig gemäß § 95 a GO LT, die mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur vom 10. Dezember 2020 benannten, bisher noch nicht vorgelegten Unterlagen (lfd. Nr. 3 des Aktenverzeichnisses) für vertraulich zu erklären.

*

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, dass der Ausschuss vor einiger Zeit in Aussicht genommen habe, sich zu diesem Thema noch einmal durch die Landesregierung bzw. die MHH unterrichten zu lassen. Prof. Dr. Manns und Prof. Dr. Krettek hätten bereits per E-Mail zugesichert, für Rückfragen des Ausschusses zur Verfügung zu stehen. Abg. Frau Viehoff bat darum, diese Unterrichtung, die gegebenenfalls auch nicht öffentlich erfolgen könne, in nächster Zeit durchzuführen.

Der **Ausschuss** kam überein, dass bezüglich eines möglichen Termins für eine entsprechende Unterrichtung eine Verständigung der Arbeitskreissprecherinnen und -sprecher der Fraktionen erfolgen soll.



Handlungsbedarfe aus Sicht der Erwachsenenbildung

Dr. Martin Dust, Geschäftsführer der Agentur für
Erwachsenen- und Weiterbildung

„Grundbildung fördern, Analphabetismus bekämpfen“
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drs. 18/6760.
Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur des
Niedersächsischen Landtages am 11.01.2021

Zur Lebenswelt Menschen mit geringer Literalität



Was können wir lesen und verstehen?

Und wenn Iden spannt
wenn ich Flügel hab,
flieg durch die stillen Lunden,
als flöge ich nach Haus.

Aktueller Stand

87 nach NEBG anerkannte Einrichtung der Erwachsenenbildung

58 Volkshochschulen, 7 Landeseinrichtungen, 23 Heimvolkshochschulen

Teilnehmende

Rund 17.500 Teilnehmende in der Grundbildung

Rund 8.500 Teilnehmende im Zweiten Bildungsweg

Zusätzliche Landesprojekte

Maßnahmen des zweiten Bildungsweges (jährlich 400 Tsd. €)

Grundbildungsmaßnahmen (jährlich 500 Tsd. €)

Maßnahmen des Zweiten Bildungsweges für Geflüchtete (1,9 Mio. € in 2020)

10 Regionale Grundbildungszentren

Entwicklung und der Transfer innovativer Konzepte, Modelle und Materialien

Landesbündnis für Grundbildung

23 Bündnispartner aus Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft

Handlungsbedarfe

- 1. Auf- und Ausbau des Landesbündnisses für Grundbildung**
- 2. Ausarbeitung und Abstimmung einer gemeinsamen Landesstrategie für Grundbildung**
- 3. Bausteine für die Umsetzung einer umfassenden Grundbildungsstrategie auf Landesebene**
 - Ausbau der Koordinierungsstelle für Grundbildung bei der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung
 - Sicherung und Ausbau der Regionalen Grundbildungszentren
 - Stärkung der Projektmittel im Zweiten Bildungsweg und zusätzlicher Förderung von Grundbildungsmaßnahmen
 - Förderung der arbeitsplatzorientierten Grundbildung